

# Jugendliche ohne Grenzen

Dokumentation 2013

Aktionen und Proteste rund um die Themen Bleiberecht, Bildung und Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention



## Jugendliche ohne Grenzen

Jugendliche ohne Grenzen (JoG) ist eine bundesweite Initiative jugendlicher Flüchtlinge und ihrer FreundInnen. Allen gemeinsam ist, dass sie sich zusammen mit Freunden und Unterstützern jetzt und hier gegen Rassismus und drohende Abschiebung einsetzen.

Seit Juni 2005 treffen sich die Jugendlichen Ohne Grenzen parallel zu Innenministerkonferenzen (IMK). Auf Gegenkonferenzen, Demonstrationen und mit Unterschriftenaktionen verlangen sie die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland und ein Bleiberecht für sich und alle Flüchtlinge.

Inzwischen gibt es nicht nur bundesweite sondern auch regionale JoG-Gruppen in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin-Brandenburg, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein Westfalen, Sachsen und Sachsen Anhalt.

JoG wendet sich vorrangig an junge Flüchtlinge und ihre Freunde und Freundinnen. Übergeordnetes Ziel ist es neben praktischer Hilfe im Alltag, die Partizipationsmöglichkeiten junger Flüchtlinge zu stärken und ihnen in der Öffentlichkeit eine Stimme zu verleihen – anstatt für sie zu sprechen. Als betroffene Jugendliche führen wir Gespräche mit PolitikerInnen, organisieren Kampagnen versuchen durch Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit die Gesellschaft zu sensibilisieren und ermöglichen politische Partizipation von jungen Menschen. Die Aktionen werden von Jugendlichen selbst geplant und durchgeführt. In dem Sinne fördert JoG das Empowerment von Jugendlichen.

Youth without Borders (JoG) is a nation-wide initiative of young refugees and their friends in Germany. What they share is that they, along with their friends and supporters, collectively campaign here and now against racism and impending deportation. Since June 2005 JoG gathers at the same time as the conferences of the minister of the interior (Innenministerkonferenzen, IMK). During counter-conferences and demonstrations, and through petitions, they demand the complete implementation of the UN Convention on the Rights of the Child in Germany and the right to stay for them and all refugees. In the meantime there are not only nation-wide but also regional JoG groups in Bavaria, Berlin-Brandenburg, Lower Saxony, Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen, North-Rhine-Westphalia, Saxony and Saxony-Anhalt. JoG appeals primarily to young refugees and their friends. The greater aim, besides practical everyday support, is to increase the possibilities of participation of young refugees and to allow them a voice in public, instead of speaking on their behalf. As affected young refugees we engage in discussions with politicians, organize campaigns, events and public projects and try to thereby sensitise the public and allow young people to participate politically. To this effect, JoG promotes the empowerment of young people.

## Vorwort

Liebe Leser\_Innen,

auch 2013 haben wir uns mit zahlreichen Aktionen für ein bedingungsloses Bleiberecht für alle Flüchtlinge, für die Bewegungsfreiheit, für den gleichen Zugang zu Bildung und gegen Abschiebungen eingesetzt. Zu all diesen Themen gab es viele Diskussionen, mediale Aufmerksamkeit und kreative Aktionen. Zum ersten Mal haben wir in einem anderen EU-Land, gemeinsam mit „Welcome to Europe“, eine Konferenz organisiert. Bei der Reise nach Griechenland im Oktober kehrten viele an den Ort ihrer Ankunft in Europa zurück.

Das Jahr hat schon mit vielen Ereignissen begonnen, allein im Januar hatten wir mehrere Veranstaltungen und Gespräche in Ministerien, die im bildungspolitischen Bereich wichtig sind. Wir haben auch an den Vorbereitungen für Aktionen und Konferenzen von anderen Gruppen teilgenommen und uns solidarisiert.

In diesem Heft geben wir einen Einblick in das, was uns JoGler letztes Jahr bewegt hat und was für uns wichtig war. Natürlich können wir nicht alle Veranstaltung, Tagungen oder Konferenzen benennen, denn jährlich finden einfach sehr viele statt. Wir versuchen uns überall mit einzubringen und dies soweit es geht zu dokumentieren.

In diesem Sinne viel Spaß beim Lesen! Und wenn ihr Euch in diesem Heft noch nicht wieder findet, kommt doch das nächste Mal dazu und solidarisiert Euch mit den zahlreichen Flüchtlingskämpfen.

## **BILDUNG [S] LOS!**

Unsere Bildungskampagne „Bildung(s)los“, die von vielen Organisationen unterstützt wird, wurde 2013 noch bekannter. Wir haben gemerkt, dass einfach vielmehr Tagungen zu dem Thema stattgefunden haben und wir überall mit unserer Kampagne auftreten konnten. Es gab einen deutlichen Anstieg an Diskussionen. Durch die gut vorbereitete Lobbyarbeit ist es uns gelungen, an vielen Orten präsent zu sein.

Im Bereich Bildung bewegt sich was und wir tragen dazu bei. Mit der Kampagne machen wir vor allem sehr viel Aufklärungsarbeit. Zum Beispiel gibt es in Schulen ein Bedürfnis nach mehr Informationen, weil die meisten Lehrkräfte sich in dem Bereich nicht auskennen.

Konkrete Punkte, die wir in den Lobbygesprächen für eine Verbesserung der Bildungssituation junger Flüchtlinge thematisiert haben, waren:



## 1. Schulpflicht und Schulrecht

Nach unseren Erkenntnissen gilt mittlerweile in allen Bundesländern für Asylbewerberkinder die allgemeine Schulpflicht, teilweise jedoch erst nach einer bis zu sechsmonatigen Wartezeit (Baden-Württemberg). Nicht in allen Bundesländern hingegen gilt die Schulpflicht auch für Kinder ausreisepflichtiger Eltern mit Duldung, Grenzübertrittsbescheinigung oder ganz ohne legalen Aufenthaltsstatus. Hier wird nur teilweise ein Schulrecht eingeräumt.

In Berlin verzögern Schulen und Schulämter die Schulanmeldung und Beschulung beispielsweise durch bürokratische Schikanen. So werden die einem Arbeitsverbot unterliegenden neu einreisenden Asylsuchenden verpflichtet, mit einem auf eigene Kosten beschafften Sprachmittler zur schulmedizinischen Untersuchung vorzusprechen, wobei seitens der Ämter die Untersuchungstermine immer wieder verzögert werden. Ohne die Untersuchung wird der Schulbesuch verweigert – wobei diese in Berlin ab Klasse 2 nicht mehr vorgeschrieben sind. Verweigert wird die Schulanmeldung in Berlin auch, wenn geduldete Kinder z.B. eine "Grenzübertrittsbescheinigung" besitzen, eine Maßnahme, die zwar den Ausreisedruck erhöhen soll, aber mitnichten auf ein baldiges Ende des Aufenthaltes schließen lässt.

Unter dem Hinweis auf "Kapazitätsprobleme" müssen schulpflichtige Kinder bis zu 6 Monate auf einen Grund- oder Sekundarschulplatz warten, es werden rechtswidrige "Wartelisten" geführt. Vielfach entsteht der Eindruck, dass negative Einstellungen der zuständigen Verwaltungsdienststellen und -mitarbeiterInnen zur Ablehnung der Asylbewerberkinder führen.

### **| Ergebnis: Das Schulrecht allein reicht nicht aus, auch die Schulpflicht wird nicht überall umgesetzt.**

Staatliche Sanktionen wegen Verstößen gegen die Schulpflicht sind gegen Eltern und gegebenenfalls Betreuungspersonal vorgesehen. Die von uns festzustellenden Verstöße gegen Schulrecht und Schulpflicht von Amtspersonen in Schulen und Schulbehörden, die sich weigern die Schulanmeldung anzunehmen und/oder einen Schulplatz zuzuweisen, werden bislang nicht sanktioniert. Notwendig ist:

Die Schulpflicht für Flüchtlingskinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu regeln. Maßgeblich sein sollte der tatsächliche bzw. absehbare Aufenthalt von mindestens 3 Monaten. Für Asylsuchende muss die Schulpflicht regelmäßig gelten.

Bei Verstößen gegen die Schulpflicht, wirksame Sanktionen auch gegen Amtspersonen (SchulleiterInnen, MitarbeiterInnen von Schulämtern etc.) einzuführen.

## **2. Beschulung von Jugendlichen und Heranwachsenden**

Junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren, die als Asylsuchende neu nach Deutschland kommen, unterliegen in den Ländern meist nicht mehr der Schulpflicht oder es wird ihnen zumindest faktisch der Schulbesuch verweigert. Sie stehen vor großen Problemen, obwohl sie mit einer überdurchschnittlichen Lernmotivation ankommen. Sie können und wollen ihren Bildungsweg fortsetzen. Häufig fehlen ihnen nur die Sprachkenntnisse oder ein Schulabschluss, um einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz erhalten zu können. Die Situation wird dadurch zusätzlich erschwert, dass Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge keinen Zugang zu Integrationskursen erhalten.

Das Recht auf Bildung endet nicht pauschal mit der Vollendung des 16. oder 18. Lebensjahres. Erforderlich ist, dass ein Mensch tatsächlich den Zugang zu Bildung erhält und einen Schulabschluss erwerben kann. Eine pauschale Bestimmung, dass die Schulpflicht unabhängig vom erreichten Bildungsstand mit einem bestimmten Lebensalter von 16 oder 18 Jahren endet, entspricht nicht den völkerrechtlichen Regelungen des Rechts auf Bildung. Eine solche Regelung ist auch realitätsfern, wenn wir bedenken, dass wir nicht mehr in einer homogenen Gesellschaft leben, in der alle Menschen den gleichen Lebenslauf und die gleichen Lebensumstände vorweisen.

Deshalb ist es erforderlich, die Schulpflicht bis zum 21. Lebensjahr zu verlängern bzw. Ausnahmen vorzusehen, wonach unter Umständen die Schulpflicht bis zum 21. Lebensjahr verlängert werden kann.

Modellprojekte zu der Beschulung von bis zu 25-jährigen Flüchtlingen zeigen, dass es möglich ist, eine große Anzahl der Heranwachsenden in Ausbildung und Beschäftigung zu vermitteln, wenn die notwendige Beschulung und Unterstützung gewährleistet wird. Ein Paradebeispiel hierfür sind die Schlau Schule und die Städtische Berufsschule zur Berufsvorbereitung in München, welche junge Flüchtlinge zwischen 16 und 25 Jahren zum qualifizierten Hauptschulabschluss führen und danach in Ausbildungsverhältnisse vermitteln. Der Erfolg dieser Modellprojekte hat in Bayern dazu geführt, dass das Kultusministerium die Beschulung junger Flüchtlinge auf ganz Bayern ausgeweitet hat, so dass ab dem nächsten Schuljahr an 25 Standorten in ganz Bayern Flüchtlingsklassen entstehen werden. Diese Klassen werden an den Berufsschulen eingerichtet und sind für neu eingereiste Flüchtlinge zwischen 16 und 21 Jahren gedacht, in Ausnahmefällen bis 25 Jahre. Für die jungen Flüchtlinge in Bayern eröffnet sich damit endlich die Möglichkeit, professionell gesteuert die deutsche Sprache zu lernen, einen Schulabschluss zu erwerben und ihren Bildungsweg fortzusetzen – selbst wenn sie auf dem flachen Land leben. Berlin sieht unter bestimmten Umständen zumindest die Verlängerung des allgemein bildenden Schulbesuchs, nach einer positiven Prognose, bis zum 21. Lebensjahr vor.



**| Wir fordern die KultusministerInnen auf, vergleichbare Regelungen wie in Bayern zu treffen, um die Schulpflicht zu erweitern. So kann beispielsweise über Neuregelungen zur Berufsschulpflicht oder die Einrichtung von Flüchtlingsklassen auch der Zugang zur Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene ermöglicht werden.**

Die KultusministerInnen müssen anerkennen, dass für Flüchtlinge die Beschaffung von Dokumenten aus ihrem Herkunftsland sehr häufig sowohl unzumutbar wie auch schlicht unmöglich ist. Vor diesem Hintergrund sollten Möglichkeiten für alternative Einstufungstests in allen Schulformen geschaffen werden.

### **3. Sprachförderung**

Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung, Duldung sowie bestimmten Arten von humanitären Aufenthaltserlaubnissen werden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von der Teilnahme an den überall eingerichteten "Integrationskursen" zum Erlernen der deutschen Sprache kategorisch ausgeschlossen. Oft vergehen Jahre des ungesteuerten Spracherwerbs als Asylsuchende, bevor z.B. durch eine Flüchtlingsanerkennung schließlich doch noch ein Integrationskurs besucht werden darf. Im kommenden Jahr droht sich die Lage noch einmal zu verschärfen, da bisher nicht vorgesehen ist, dass Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt weiterhin Zugang zu den ESF-BAMF-Sprachkursen erhalten können. Durch den verweigerten Spracherwerb wird eine gesellschaftliche Teilhabe verhindert und die Integration in Bildung und Arbeit blockiert.

Zudem scheitert eine Fortsetzung des durch die Flucht unterbrochenen Bildungsweges an allen Schul- und Weiterbildungseinrichtungen oft an den mangelnden Sprachkenntnissen. Dabei ist zu beachten, dass nach einer aktuellen Evaluation der Lawaetz-Stiftung immerhin 13,7 % der Flüchtlinge im Herkunftsland ein Studium begonnen oder abgeschlossen haben, 22,9 % über eine Berufsausbildung verfügen und 62,2 % einen 9 bis 13 jährigen Schulbesuch vorweisen können. Auch wenn diese Qualifikationen mittlerweile leichter anerkannt werden: Ohne Sprachkenntnisse ist damit nichts anzufangen und der Bildungsweg kann nicht fortgesetzt werden.

**A** ist 21 Jahre alt und kam vor ca. 1 Jahr nach Deutschland. Er musste aus politischen Gründen Iran verlassen und somit sein Studium abbrechen. Er floh nach Deutschland und stellte hier einen Asylantrag. Seitdem wartet A. auf einen Anhörungstermin beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Er wollte gerne sofort ein Sprachkurs besuchen jedoch hat er mit dem Aufenthaltsgestattung kein Anspruch auf einen Deutschkurs und vor Ort gibt es keine Angebote, an denen er teilnehmen kann. Mit dem Asylbewerberleistungen, die er monatlich erhält, kann er keinen Deutschkurs finanzieren und auch seine Zeugnisse kann er nicht anerkennen lassen, weil es zu teuer ist. Er versucht eine Arbeitsstelle zu finden um einen Sprachkurs finanzieren zu können und seine Zeugnisse anerkennen zu lassen, damit er eventuell weiter studieren kann. Potenzielle Arbeitgeber sagen, dass seine Deutschkenntnisse nicht ausreichen. A. versucht trotz allen Schwierigkeiten Deutsch zu lernen. Er ist, wie viele andere junge Menschen, in einer Warteschleife und weiß einfach nicht weiter – die einzige Wahl, die ihm bleibt: warten, warten, warten.

Die Stimmen, die eine Ausweitung des Sprachkursanspruchs fordern, reichen mittlerweile weit über NGOs und Kirchen hinaus. Im Jahr 2012 machte die Bundesintegrationsbeauftragte Böhmer (CDU) unterstützt von den Fraktionen der Grünen und FDP im Bund einen zaghaften Vorstoß. Zahlreiche Landes- und Kommunalpolitiker aller Couleur fordern eine Verbesserung. Zuletzt hatten sogar die CSU-Sozialministerin Haderthauer und die CSU-Landtagsvorsitzende Stamm eine Sprachförderung von Anfang an vorgeschlagen. Hier scheint sich ein gesellschaftlicher Konsens über die Parteigrenzen hinweg anzubahnen.

**| Wir fordern eine Öffnung der ESF-BAMF Kurse und der Integrationskurse für alle hier lebenden Migranten/-innen einzusetzen – unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus.**

Denkbar wären Sprachförderprogramme zur Vorbereitung auf die Berufsausbildung, die Oberstufe und die Hochschulen, Elternkurse an Schulen, Vorkurse an Berufsfachschulen, Gymnasien und Hochschulen, Kursangebote durch DAF-Studiengänge in Form von Praxisseminaren, Angebote der Volkshochschulen und anderer Bildungsträger usw.

Auch bei den neu-eingereisten schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen besteht ein großer Handlungsbedarf. Es ist es längst nicht überall sichergestellt, dass die notwendige Sprachförderung auch tatsächlich erfolgt. Die Kinder laufen zum Teil einfach im Regelschulbetrieb mit. Ein Sprachförderanspruch – auch für Untersechsjährige in Vorbereitung auf die Grundschule – wäre sicher sinnvoll, egal ob dieser individuell, in speziellen Förderklassen, in der Kita oder im Hort erfolgt.

Die Sprachkenntnisse sind von großer Relevanz, nicht nur zur Integration und Teilhabe im Bildungssystem und Erwerbsleben, sondern auch weil sie ein Kriterium für ein dauerhaftes Bleiberecht sind. Die ausländerrechtlichen Regelungen setzen für ein Bleiberecht Sprachkenntnisse

voraus. Es ist jedoch hochgradig widersprüchlich, einerseits den Erwerb der Sprachkenntnisse zu fordern, andererseits aber den Menschen gar keine Möglichkeit zu bieten überhaupt die Sprache zu erlernen.

**S**. (21.J) musste vor ca. zwei Jahren mit ihrer Familie aus Iran fliehen. Sie besuchte in Iran die Universität und ist eine Opersängerin. Sie wohnt in Deutschland in einem kleinen Dorf, in dem es keinerlei Angebote für Asylbewerber gibt. Mit Hilfe von ihrer Familie konnte sie sich einen Deutschkurs finanzieren. Dafür muss sie täglich 3 Stunden fahren, um den Kurs besuchen zu können. Sie hat ihre Zeugnisse aus Iran nach Deutschland mitgenommen und möchte gerne hier weiter studieren, allerdings braucht sie das Sprachniveau C1 und muss ihre Zeugnisse anerkennen lassen. Ob sie den Kurs bis zum C1- Niveau finanzieren kann, ist noch unklar, weil die Fahrkarte auch sehr teuer ist. Sie hat sich in einer Schule angemeldet, die für junge Zuwanderer eine Spezialklasse hat. Obwohl sie schon das Abitur im Iran gemacht hat, möchte sie diese Schule besuchen, da sie derzeit keine Möglichkeit zum Studieren hat und sie nicht tatenlos zu Hause sitzen möchte. Deshalb wird sie, wenn sie in der Schule aufgenommen wird, noch einmal Abitur machen.

#### **4. BAföG und BAB**

Bildungsministerin hatte im Jahr 2013 verlauten lassen, eine generelle Überprüfung des BAföG im Hinblick auf eine Anpassung an die Inflation anzustreben. Sie plädiert auch für eine Ausweitung des BAföG. Wir verweisen ausdrücklich darauf, dass bei dem Prüfungsverfahren auch der bisherige kategorische Ausschluss von Asylbewerbern, geduldeten Flüchtlingen und Flüchtlingen mit Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen mit auf den Prüfstand genommen werden muss.

Ein Anspruch auf BAföG (§ 8 BAföG) bzw. Berufsausbildungsbeihilfe (BAB, § 59 SGB III) haben geduldete Flüchtlinge derzeit nur, wenn ein Mindestaufenthalt von vier Jahren vorliegt. Asylsuchende können überhaupt kein BAföG oder BAB erhalten. Selbst junge Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis erhalten diese Leistungen nicht immer; zum Teil müssen auch sie zuvor bereits mindestens vier Jahre in Deutschland gelebt haben.

Selbst wenn ein Anspruch auf Unterhaltsleistungen im Rahmen des BAföG oder der BAB für geduldete Flüchtlinge, Asylsuchende und Menschen mit Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen allein



aufgrund des ausländerrechtlichen Status nicht besteht, sorgt das Sozialrecht für eine weitere Benachteiligung. Nach den Regelungen in SGB XII (§ 22) und SGB II (§ 7 Abs. 5) besteht auch kein Anspruch auf Arbeitslosengeld II bzw. Sozialhilfe, wenn eine nach BAföG /SGB III dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung oder ein Studium aufgenommen wird. Unter Verweis auf die entsprechende Anwendbarkeit der Regelungen des SGB XII (vgl. § 2 AsylbLG) werden ggf. ebenso auch die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vollständig verweigert. (vgl. Forderungskatalog Jugendliche ohne Grenzen – anbei als Anlage – S. 3 f.)

Die Aufnahme einer Ausbildung führt in diesen Fällen zum oftmals dramatischen Ergebnis des Entzugs sämtlicher Existenzmittel. Lebensunterhalt, Wohnungsmiete und Krankenversicherung können nicht mehr bezahlt werden, zumal junge Flüchtlinge in der Regel auch nicht über finanziell leistungskräftige Eltern verfügen.

Der Abbruch der Ausbildung wird in solchen Fällen vom Jobcenter bzw. Sozialamt hingegen mit der sofortigen Wiederbewilligung der Leistungen für Regelbedarf, Miete und Krankenversorgung belohnt. Es macht sozialpolitisch keinen Sinn, gezielt den Ausbildungsabbruch und das Nichtstun junger Flüchtlinge durch staatliche Sozialleistungen zu fördern.

**Wir fordern eine Gleichbehandlung von diesen jungen Menschen mit Inländern, sodass ein Anspruch auf BAföG bzw. BAB auch unabhängig von Voraufenthaltszeiten und Aufenthaltsstatus gewährt wird. Nur so kann die bestehende Diskriminierung aufgehoben und der soziale Ausschluss verhindert werden.**

**A** kam als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland. Er besuchte die Schule und konnte schon nach zwei Jahren einen Ausbildungsplatz finden. Da er schon eine Aufenthaltserlaubnis bekommen hat, war die Arbeitserlaubnis gar kein Problem. A. war in der Jugendhilfe, als er die Ausbildung startete. Ein paar Monate nachdem er volljährig war, musste A. aus der Jugendhilfe raus und war auf sich selbst gestellt. Die Betreuer hatten sich für A. nicht um eine Wohnung gekümmert, den Übergang in die Eigenverantwortung hatten sie für A. nicht jugendgerecht organisiert. Er musste am Silvesterabend aus der Jugendwohnung raus und wusste nicht wohin. Er kam bei Freunden unter und versuchte die Ausbildung weiter zu machen und sich um eine Wohnung kümmern. Kurz danach wurde A. von der Obdachlosenhilfe in einem Hotel als Übergangslösung untergebracht. Weil sein Ausbildungsgehalt für Wohnung, Fahrkarte und den Lebensunterhalt nicht gereicht hat, stellte er einen Antrag auf BAB (Berufsausbildungsbeihilfe) gestellt und auch beim Jobcenter ergänzende Leistungen beantragt. A. bekommt noch keine BAB, weil er mit seiner Aufenthaltserlaubnis erst nach vier Jahren anspruchsberechtigt ist. Beim Jobcenter bekommt er auch keine ergänzenden Leistungen, weil die Ausbildung „dem Grunde nach förderfähig“

ist. Damit ist der Bezug von Sozialleistungen ausgeschlossen, für diesen Fall sollte BAB gezahlt werden – die aufenthaltsrechtlichen Ausnahmen sind dabei nicht bedacht worden. A. hat mittlerweile die Ausbildung abgebrochen, sucht eine Wohnung und hat eine Zusage vom Jobcenter, dass er Leistungen bekommt, weil er arbeitslos ist.

## **5. Abschaffung der Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen für Auszubildende und Studenten**

Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht) für Asylsuchende und Geduldete wie auch die ausländerrechtlichen Wohnsitzauflagen für bleibeberechtigte Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis sorgen dafür, dass einige Jugendliche von ihrem Recht auf Bildung keinen Gebrauch machen können.

Zwar wurden inzwischen bei der Residenzpflicht Lockerungen für junge Menschen in Ausbildung vorgenommen, diese funktionieren jedoch in der Praxis nicht. Auch in solchen Fällen halten die Ausländer- und Sozialbehörden an Wohnsitzauflagen und Zuständigkeit für den ursprünglichen Wohnort fest. Das führt zu unzumutbar langen Fahrten und untragbaren Fahrtkosten, wodurch im Ergebnis die Ausbildung dann doch verhindert wird.

**| Wir fordern die vollständige Abschaffung der Residenzpflicht und der Wohnsitzauflagen**

## **6. Abschaffung der Ausbildungs- und Studienverbote**

Aufgrund gesetzlicher Arbeitsverbote (§ 11 BeschVerfV; § 10 BeschVerfV und § 61 AsylVfG) wird jungen Menschen vielfach verboten, eine berufliche Ausbildung aufzunehmen. Hinzu kommt die Praxis mancher Ausländerbehörden (Berlin, Brandenburg, Thüringen) durch ausländerbehördliche Auflage ein Studium zu verbieten, obwohl dies bundesgesetzlich nicht vorgeschrieben ist und das Ausländer- und Sozialrecht sogar ausdrücklich die Möglichkeit eines Studiums vorsieht (§18a und § 25a AufenthG, § 8 Abs 2a BAföG) (vgl. Forderungskatalog Jugendliche ohne Grenzen S. 2-3).

Selbst wenn sie es trotz vieler Hindernisse und Schwierigkeiten geschafft haben, einen passenden Schulabschluss zu erlangen, können viele junge Flüchtlinge dennoch keine Ausbildung und/oder kein Studium absolvieren und werden dazu verdammt, nichts zu tun und staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Das Recht auf Bildung umfasst auch das Recht auf Ausbildung und Studium. Um eine Gleichbehandlung diesbezüglich sicherzustellen, ist es dringend erforderlich, den jungen Menschen die Aufnahme einer Ausbildung und eines Studiums zu ermöglichen. Es darf nicht ignoriert werden, dass Flüchtlinge auf diesem Weg letztlich dazu befähigt werden können, ihren Beitrag für die Solidargemeinschaft zu leisten anstatt auf staatliche Leistungen angewiesen zu sein.

**| Wir fordern die Abschaffung aller Arbeits-, Ausbildungs- und Studienverbote einzusetzen.**

## 15.2.-17.2. Bundesweite Vorbereitungstreffen Hannover

Beim Vorbereitungstreffen für die JoG-Konferenz 2013 haben wir Aufgaben verteilt und verschiedene Fragen geklärt: Woher bekommen wir einen Wagen für die Demo? Wer kommuniziert mit der Polizei? Wer macht die Moderation am Galaabend? Welche Innenminister werden für die Abstimmung nominiert? Wie sind die Räumlichkeiten?

Außerdem haben wir über die Vorschläge und Versionen eines neuen Bleiberechts diskutiert.

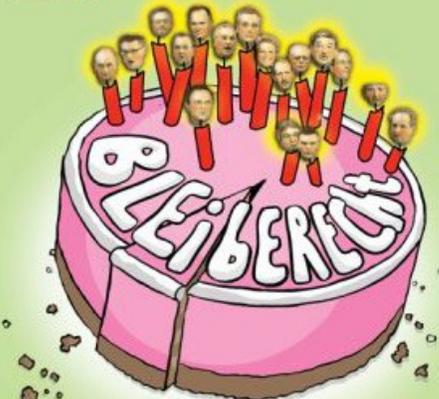
## 18. - 24. JoG Konferenz

**parallel zur Innenministerkonferenz Hannover**

Von Dienstag den 21.5.2013 bis Freitag den 24.5.2013 hat parallel zu der Innenministerkonferenz (IMK) in Hannover unsere Jugendkonferenz stattgefunden.

Hallo Innenminister:

# WIR WOLLEN NICHT NUR EIN STÜCK VOM KUCHEN\*



**\*WIR WOLLEN DIE GANZE BÄCKEREI!  
DAS HEISST, BLEIBERECHT FÜR ALLE**

 Jugendliche ohne Grenzen

**22.5** 17<sup>00</sup> Uhr | Hannover Hauptbahnhof  
BLEIBERECHTSDemo - Bleiberecht für Alle!

**23.5** 18<sup>00</sup> Uhr | Faust e.V., Zur Bethedersfabrik 3, Hannover  
GALA - Wahl des Abschiebeministers & Verleihung des Initiativpreises 2013  
Party mit MICROPHONE MAFIA

jogspace.net V.I.S.B.P. - K. DUMAL, U+18 BUNDEL, M+1140, 7, 1.0110 BUNDEL

## | Das Motto: „Bleiberecht für ALLE!“

90 jugendliche Flüchtlinge aus verschiedenen Bundesländern konnten daran teilnehmen. Schon bei den letzten Innenministerkonferenzen hatte sich Jugendliche ohne Grenzen (JoG) für ein weit reichendes Bleiberecht und das gleiche Recht auf Bildung eingesetzt. Unsere Konferenzen werden von und für betroffene Jugendliche und ihre FreundInnen organisiert, um über die Hintergründe von Duldung, Abschiebung und Flucht zu informieren, Wissen zu vermitteln und vor allem, um Perspektiven für ein Bleiberecht zu entwickeln.

Wir wollen dafür kämpfen, dass wir und alle anderen Flüchtlinge in Deutschland bleiben dürfen. Das geht jedoch nur, wenn die Leute, die selber von der Abschiebung bedroht sind, sich wehren.

Deshalb haben forderten wir – „Jugendlichen ohne Grenzen“ – von der IMK in Hannover:

## | Ein großzügiges Bleiberecht für Alle

| Die Gleichberechtigung von Flüchtlingen v.a. beim Bildungsrecht /  
Arbeitsrecht

| Die Abschaffung der Residenzpflicht und der Wohnsitzauflage

| Die Abschaffung von Flüchtlingslagern

## Dienstagabend

Am Abend sind alle Jugendlichen angekommen und haben mit einer Kennenlernrunde angefangen.

Dieses Jahr hatten wir für die Demonstration zwei besondere Transparente. Diese wurden durch die Idee der Chemnitzer Gruppe so gestaltet, dass man die Transparente nicht mehr mit den Händen tragen musste, sondern seinen Kopf durch dafür vorgesehene Löcher stecken konnte, so dass sie wie ein gemeinsames Kleidungsstück getragen werden konnten. Diese Idee fanden alle großartig und gemeinsam wurde das Transparent über Nacht gestaltet.



Mittwochvormittag stellten wir den neuen Leuten unter uns JoG vor und fragten sie, was ihre Wünsche und Erwartungen sind und versuchten sie bestmöglich über alles zu informieren. Dann gingen wir auch schon bald zu den Demovorbereitungen über, denn es gab noch einiges zu machen. Deshalb bildeten wir kleine Gruppen.

Einige Jugendliche brachten sich mit Tanz in Stimmung: Die Chicaos! Eine neue tolle Idee von JoG in diesem Jahr. Wir haben vier Choreografien vorbereitet mit den Slogans: „Kein Mensch ist illegal, Bleiberecht! Überall! „No border, no nation, stop deportation!“ “We are here! And we will fight! Freedom of Movement is everybody’s right!“. Zum Üben zeichneten wir die Steps und Movements auf große Zettel.

Auch zu diesem Zeitpunkt hatten wir schon Presse im Haus:

Denn einer der Teilnehmer der Konferenz, Mohammed Eke, kämpft schon seit Jahren für sein Bleiberecht. Er kam mit einem Fernsighteam der ARD, die eine Doku über seinen Kampf gedreht haben. Mohammed, wir danken dir für deinen Besuch. Wir hoffen, du hast wieder Hoffnung geschöpft und auch für uns war es schön, wieder jemand neues kennen zu lernen, der für sein Recht kämpft.

## Donnerstag

Beim Galaabend gab es eine Preisverleihung für Initiativen, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und Papierlosen in Deutschland stark machen sowie die Wahl des Abschiebeminis Jahres. Abschließend gab es eine Party mit Live Musik von Microphone Mafia. Es war bereits unsere 7. Gala.



Für den Initiativpreis 2013 wurden zwei junge kreative Initiativen aus Hamburg und die Initiative für die Rückkehr von Anuar Naso aus Niedersachsen ausgezeichnet:



Initiative für ein Bleiberecht für Fabiola Cruz und ihre Familie

Initiative für die Rückkehr von Anuar Naso und seinem Vater

Initiative gegen die Abschiebung von Ayodele Madaiyese

Durch solche Initiativen sehen wir immer wieder, dass wir gemeinsam vieles schaffen können, dass wir gemeinsam Abschiebungen verhindern können. Es sind Beispiele dafür, wie praktische Solidarität aussehen kann und was junge Menschen alles bewegen können.







## Nominiert als Abschiebeminister 2013

den Preis für konsequente Realitätsverweigerung, v

| Ralf Jäger, Innenminister NRW

| Joachim Herrmann, Innenminister Bayern

| Frank Henkel, Innensenator Berlin

| Markus Ulbrig, Innenminister Sachsen



Abschiebeminister wird Joachim Herrmann, Innenminister Bayerns.

Den Negativpreis „Abschiebeminister 2013“ erhält der bayerische Innenminister für seine Politik der Abschiebungen nach Afghanistan und des Lagerzwangs für Flüchtlinge. Mit 38,0 Prozent der Stimmen setzte sich Herrmann deutlich gegen die andern durch.

## Freitag

Am letzten Tag der Konferenz hatten wir mehrere Workshops. Die Workshops wurden von JoGlern vorbereitet und geleitet. In der ersten Workshop „politische Partizipation von jugendlichen Flüchtlingen“ ging es um darum heraus zu finden, Möglichkeiten der Partizipation trotz schweren Lebensbedingungen. Im zweiten Workshop gab es Einblick in die Bildungskampagne und neue Aktionen und Schritte wurden besprochen und ausdiskutiert. Da im Jahr 2013 die Abschaffung des Asylrechts ein großes Thema war, hatten wir auch ein Workshop dazu. Uns war es wichtig zu klären,





was geschah vor 20 Jahren in Deutschland und was war die folgen. Ein weiteres Thema war „Opre Roma! - Geschichte und aktuelle Situation der Roma“ die von Roma Center Göttingen angeboten wurde. Nach den Workshops kamen wir alle wieder zusammen für das Abschlussplenium. Wir konnten unsere Eindrücke und Erlebnisse während der Konferenz miteinander teilen und darüber reden wie es Zukunft weiter laufen kann. Alle waren sich einig das die Proteste für ein Bleiberecht für ALLE weiter gehen muss und JoG ein weiteren ein teil davon sein wird.



## Rückkehr nach Lesbos

### Vom Schaffen solidarischer Netzwerke und dem Kampf für Bewegungsfreiheit!

#### Lesbos/Griechenland

Eine Reise zurück an die Grenze- jugendliche Flüchtlinge auf den Spuren ihrer Reise nach Europa

Im Oktober 2013 sind wir gemeinsam nach Lesbos gereist. Welcome to Europe und Jugendliche ohne Grenzen haben ein Zusammentreffen organisiert: junge Menschen, die 2008/2009 in Griechenland angekommen waren und inzwischen in Deutschland ein Recht zu Bleiben erkämpft haben, kehrten zurück an den Ort ihrer Ankunft in Europa.

Wir sind zurückgekommen nach einer intensiven Erfahrung, die uns Kraft gegeben hat für die kommenden Kämpfe. Wir sind zugleich in großer Sorge um all jene, die wir dort zurücklassen mussten. Diejenigen, die im neuen Knast, nahe Moria, weiter gefangen gehalten werden. Diejenigen, die noch in der Türkei sind und deren Leben in den kommenden Tagen und Wochen durch die andauernden Push-Backs und den Krieg auf dem Meer von Frontex bedroht sein wird. Diejenigen, die es nach Jahren noch immer nicht geschafft haben, Griechenland zu verlassen und die dort keine Zukunft haben. Diejenigen, die täglich viel geben, um eine Atmosphäre des Willkommens zu verbreiten und die zugleich selbst ausgepresst werden durch die Sparprogramme der Troika.



## Ankunft in Lesbos

„Auf dem Weg nach Mytilini schwammen meine Gedanken. Ich dachte darüber wie schön diese Insel wohl sein mag.“

Sonntagnacht, Ankunft in Mytilini. Wir, eine kleine Gruppe von 10 Personen waren sehr begeistert als wir am Strand von Tsamakia angekommen sind. Mit dem Gefühl: Endlich haben wir es wieder geschafft! Uns hier in Mytilini mit Menschen, die sich mit uns solidarisiert haben, zu treffen. Manche von uns waren das erste Mal in Mytilini, andere kannten die Insel schon von ihrer ersten Ankunft in Europa vor 1, 2, 3 oder 6 Jahren.

„Als ich wieder ins Flugzeug stieg kam mir etwas anderes in den Kopf. Ich dachte an die Zeit in der ich in Mytilini ankam mit dem Schlauchboot oder als Dolmetscher. Jetzt dreieinhalb Jahre später komme ich zurück als Tourist! So ist das Leben, immer überraschend. Im Flugzeug war ich aufgeregt.“

Wir waren sehr erfreut das Mittelmeer zu sehen und gleichzeitig die Türkei in Sichtweite zu haben. Der Ort, der für viele der letzte Schritt auf dem Weg nach Europa ist. Wir alle, brachen dort neue Hoffnungen und Erwartungen auf. Im selben Augenblick fühlten wir Wehmut und Trauer, weil wir wissen, dass viele auf der Flucht ihr Leben verlieren. Einige haben diesen Fluchtweg auch durchgemacht und sind damals in Mytilini angekommen. Die schöne Ausblick ist immer noch mit schmerzhaften Erinnerungen verbunden.



„Plötzlich, als wir in Mytilini ankamen, wurde am Ausgang der Fähre durch die Polizei gestört. All die schönen Gedanken die ich gerade noch hatte waren auf einmal weg. Die Polizei kontrollierte uns. Wie sind nicht kriminell, das einzige Problem ist das wir geflüchtete Menschen sind.“

In den ersten Nächten konnten manche von uns nicht gut schlafen. Einerseits hatten wir Freude und Erwartungen, andererseits waren wir, mit dem was hier geschieht, persönlich konfrontiert. Stellt euch vor, vor euren Augen die Sonne und das Mittelmeer dann im nächsten Moment seht ihr wie Flüchtlinge am Ufer stranden...

„Jetzt auf Mytilini hoffe ich, dass wir den Menschen hier helfen können, die das durchmachen was ich damals erlebt habe.“

## Begegnung mit Freigelassenen

Es war endlich soweit, die Versammlung sollte bald losgehen...die letzten Vorbereitungen wurden erledigt, genauere Tagesabläufe wurden festgelegt und wir saßen im Internet-Cafe, um die letzten

News für die Webseite fertig zu machen.  
Plötzlich tauchte eine Gruppe von Menschen auf, alle mit blauen

Schlafsäcken in der Hand, und schauten sich um. Sie sahen so aus, als ob sie eine Entscheidung treffen müssten, eine Entscheidung, wie es weiter gehen

sollte. Wir gingen zu den Jugendlichen hin, um zu fragen, ob Sie Hilfe bräuchten. Sie waren sich unsicher, ob sie „ja“ oder „nein“ sagen sollten. Wir haben uns kurz unterhalten und sie haben sich entschieden, sich zu uns zu setzen und ein bisschen auszuruhen. Sie haben uns erzählt, dass sie gerade aus dem Flüchtlingsknast freigelassen wurden und direkt weiterreisen wollten. Sie waren vor ein paar Tagen mit einem Schlauchboot gekommen und wurden sofort inhaftiert. Es waren nur Jugendliche, auch Kinder darunter, alle ohne Eltern. Sie sahen alle sehr müde und verängstigt

aus, wollten aber trotzdem direkt die Fähre nach Athen nehmen. Wir haben sie zu uns eingeladen, damit sie sich ein wenig ausruhen und mit uns ihre Freilassung feiern können. Wir wollten ihnen ein wenig die schwere Last auf den Schultern nehmen, damit sie - auch wenn es nur für ein paar Stunden wäre - ruhig durchatmen und unsere Gruppe kennen lernen können. Alle sind zu uns gekommen, wir haben gemeinsam gegessen und uns sehr lange unterhalten. Wir haben Erfahrungen ausgetauscht und uns gegenseitig unsere Erlebnisse erzählt. Und dann ging auf einmal die Party los.

Für ein paar Augenblicke haben wir all die Sorgen und die schlimmen Erfahrungen, die wir während der Flucht machen mussten, vergessen. Alle haben getanzt und gesungen. Wir hatten unsere Erfahrungen vor Jahren gemacht und waren jetzt auf der Insel und haben uns mit Jugendlichen ausgetauscht, die dasselbe Schicksal haben, wie wir damals. Sie blieben zwei Tage bei uns und haben bei Treffen mitgemacht, sich bei der ersten Veranstaltung beteiligt und vom Knast berichtet. Beim

Camp war das Gefühl von Solidarität so sehr zu spüren. Die Freunde, die angekommenen sind, waren fast fassungslos, weil sie diese Art von Willkommen nicht erwartet hatten. Andere, die seit Jahren stecken geblieben sind in Griechenland und die ebenfalls mit dabei waren, waren ermutigt durch diese Art von Solidarität. Andere, die das alles schon hinter sich haben, waren motiviert und hatten viel Kraft, um genau diese Atmosphäre von Willkommen und



Solidarität mit aufzubauen. Alle waren sich gegenseitig dankbar, dass sie diesen Schritt überhaupt gewagt hatten. Es waren Momente, die man nicht vergisst. Diese Jugendlichen befanden sich auf der Flucht und hatten plötzlich Menschen um sich, die mit ihnen so umgegangen sind, wie es sich normalerweise gehört, die einfach nur menschlich waren. Wir haben sie nur Willkommen geheißen. Am zweiten Tag, als sie weiter fuhren, haben wir sie zum Hafen begleitet und haben gewunken. Die Freude in den Augen dieser Kinder auf der Flucht werden wir nie vergessen.

### **| Nein zum neuen Pagani: Der Abschiebeknast auf Lesbos/ Griechenland nahe Moria ist das Pagani der Troika!**

Mit einem kurz angebundenen „Nein“ untersagte die Polizei-Zentrale in Athen der selbstorganisierten Gruppe junger Flüchtlinge von „Jugendliche ohne Grenzen“ den Zugang. Wir hatten bei der Polizeibehörde Lesbos den Besuch einer offiziellen Delegation im neu gebauten Abschiebeknast auf Lesbos in der Nähe vom Dorf Moria beantragt. Viele von uns sind in der Vergangenheit eingesperrt gewesen: in dem, was ein griechischer Minister „Dantes Inferno“ nannte. Das alte Lager der Insel, Pagani, wurde geschlossen nachdem wir alle gemeinsam von innen und außen kämpften, Wochen und monatelang „Azadi! Freedom!“ schrien. Wir protestierten, bis die letzten Geflüchteten Ende 2009 freigelassen wurden. Die sehr kurze und negative Antwort auf unsere offizielle Anfrage auf Zugang beweist, was wir sowieso schon wussten: in der alten Militärbasis nahe Moria versuchen sie wieder ein unmenschliches Gefängnis zu verbergen. Der offizielle Plan, wie man mit Geflüchteten umgeht, bleibt der gleiche: man sperrt sie hinter Stacheldraht, isoliert von der Öffentlichkeit.



Das einzige, was sich verändert hat, ist der Betrag, der von der EU kommt, um es zu finanzieren. Selbst ohne Zugang, um mit den Eingesperreten zu reden, können sie es nicht mehr verheimlichen. Wir haben nicht auf irgendwelche bürokratischen Handlungen gewartet. In unserem weitreichenden Kampf haben wir gelernt, dass Rechte nichts sind, um das man bittelt, man nimmt sie sich selbst. Man tut dies, wenn man die Augen dem gegenüber, was passiert, nicht verschließen will und wenn man es als notwendig erachtet, aktiv zu werden.

Wir waren bereits in dem neuen Abschiebeknast: Am Samstag dem 12. Oktober 2013. Nachdem wir die ersten entlassenen Flüchtlinge getroffen hatten und ihren traurigen Geschichten zuhörten, entschieden wir uns dorthin zu gehen und nachzuschauen. Als wir zum Gefängnis gingen, fanden wir das Tor offen vor und so begann eine spontane Go-In-Demonstration. Um die 50 Aktivisten, viele davon selbstorganisierte Flüchtlinge, gingen zu den umzäunten Containern, in denen um die 80 Eingesperrete waren, auf der alten Militärbasis nahe des Dorfes Moria (10 km von Mitilini entfernt). Normalerweise sollte ein Tor direkten Kontakt unterbinden, aber als das Tor nicht abgeschlossen war, gingen wir alle rein, redeten mit den gefangenen Migranten und brachten Spruchbänder an den Zäunen an. Offensichtlich war die Polizei überrascht. Direkte Kommunikation zwischen den neu Angekommenen und den alt-erfahrenen Geflüchteten konnte in vielen verschiedenen Sprachen geschehen. Visitenkarten von [www.w2eu.info](http://www.w2eu.info) und Flyer wurden durch die Zäune verteilt. Die Behörden versuchen der lokalen Bevölkerung weiszumachen, dass sie ein „Begrüßungs- und Aufnahmezentrum“ gebaut haben. Sie versuchen die Pläne über Dutzende Container-Blöcke zu vertuschen, die eine dauerhafte Inhaftierung von mehr als 700 Eingesperreten für bis zu 18 Monate ermöglichen. Als wir das Gelände des Abschiebeknasts am Samstag verließen zogen wir weiter zum kleinen Dorf Moria, um eine weitere Demonstration zu machen, Flyer zu verteilen und mit den Menschen auf der Straße und in den Cafés zu diskutieren. Neben unserem Hauptslogan „Nein zu einem neuen Pagani, ja zu einem wirklichen Begrüßungszentrum“ hatten wir auch noch kleinere Banner mit der Aufschrift: „Pagani this Troika!“ (Pagani der Troika!), da dieser ‚moderne‘ Container-Style des Knasts von der EU forciert und finanziert wird. Viele Menschen in Moria drückten ihre Sorge aus, dass der Name ihres Dorfes eine beschämende Bedeutung bekommen würde wie Pagani in der Vergangenheit. Ein alter Mann in einem Café sagte zu anderen: „Als ich euch sagte, dass sie heimlich ein großes Gefängnis hinter der Mauer bauen, habt ihr gelacht. Jetzt seht ihr all diese jungen Menschen: Sie kennen dies durch ihre eigenen Erfahrungen! Wenn man schließlich euch ins Gefängnis steckt, dann werdet ihr nicht mehr lachen.“





### **Gedenkveranstaltung in Thermi**

Der 12. Oktober 2013, ein Samstag, war ein Tag vieler Eindrücke, voller Erinnerungen und neuer Begegnungen. Nach dem spontanen ‚Besuch‘ am Morgen im Gefängnis in der Nähe von Moria versammelten wir uns am Hafen von Thermi. Mehr und mehr Menschen kamen: zu unserer Reisegruppe stießen syrische Angehörige derer, die im März dieses Jahres ertranken. Wir waren in Kontakt mit dem Klub der Fischer aus Thermi. Einer der Mitglieder hatte einen Leichnam vom Schiffunglück im Dezember geborgen und sie zeigten uns den Ort, an dem nun ein Brunnen der Erinnerung gebaut werden soll. Einige Fischer kamen und viele andere Freundinnen und Freunde von der Insel. StudentInnen einer Universität in Michigan/USA nahmen teil. Es war ein beeindruckendes Zusammentreffen, begleitet von viel Trauer aber auch viel Wut und einem starken Willen, dieses Morden nicht länger hinzunehmen. An dem Hafen von Thermi versammelten wir uns, im Gedenken an die Toten des europäischen Grenzregimes. In den vergangenen Jahren sind etwa 20.000 Menschen durch diese mörderischen Grenzen umgebracht worden, hier in der Ägäis, in der Straße von Gibraltar und viele im mediterranen Raum zwischen Libyen und Italien. Die Anzahl der Toten an europäischen Grenzen ist enorm gestiegen. Seit der Tragödie von Lampedusa mit mehr als 300 Toten im Oktober, gab es auch paar Tage später eine Tragödie vor der italienischen Insel. Durch ganz Europa hallt ein Aufschrei: dieser sinnlose Tod an der Grenze muss gestoppt werden! Es sollte sichere Routen für Geflüchtete nach Europa geben! Im Dezember 2012, fanden 27 Menschen hier in Thermi den Tod. Am nächsten Tag wurden drei tote Menschen in Thermi gefunden und erst danach begann die griechische Küstenwache eine Such- und Rettungsaktion, um nach weiteren Überlebenden zu suchen. In den nächsten Tagen wurden mehr und mehr tote Menschen an den Stränden Thermis gefunden, insgesamt 27 Leichname. Einige blieben verschwunden. Wir kennen ihre Namen nicht, aber viele von ihnen sind auf dem Friedhof von Mitilini begraben. Im März 2013

geschah eine weitere Tragödie an der Küste von Lesbos. Der Vater von einem der Ertrunkenen war auch hier mit uns bei der Trauerfeier.

All diese Toten haben ein Gesicht, einen Namen. Sie alle lassen Verwandte und Freunde zurück. Neben ihren Körpern verlieren sich auch ihre Hoffnungen und Träume. Wir wollen ein Stück Würde zurückgeben, genau an diesem Ort an dem ihr Tod in die Sinnlosigkeit europäischer Grenzen verschwand und wir wollen uns auch bei all jenen bedanken, die ihre Leben in Rettungsaktionen riskiert haben. Wir haben uns versammelt um ein Stück Würde auch jenen zurückzugeben, die überlebt haben. Ein Stück Würde, die verloren gegangen ist auf dem Weg nach Europa, wie die Pässe und Fotos mit den Gesichtern der geliebten Menschen im Wasser verschwanden. Wir fühlen Scham im Angesicht dieser Toten, weil wir versagt haben in unserem Versuch dieses mörderische Regime zu stoppen und ein Europa zu erschaffen, das willkommen heißt.

Dieses Europa ist nicht sicher, Menschenrechte und Flüchtlingsrechte haben jegliche Relevanz verloren! Die Opfer fordern die Lebenden auf, gegen dieses Europa von Frontex vorzugehen – gegen Grenzen und Mauern. Sie fordern uns auf zu kämpfen, ein Europa der Solidarität zu erfinden und dieses tödliche Grenzregime zu überwinden.



## Presse

Unsere Reise würde mit viel Aufmerksamkeit von der Presse begleitet, sowohl lokal als auch überregional. Als Auftaktveranstaltung haben wir eine Pressekonferenz ganz bewusst bei der besetzten lokalen Radio ERA Aegean organisiert. Mehrere Pressevertreter\_innen waren anwesend und haben sehr interessiert Interviews geführt. An den folgenden Tagen hatten wir auf camp immer wieder Besuch von der lokalen Presse. Und es gab fast jeden Tag ein Zeitungsbericht oder live Interviews über unsere Reise.

Es war gut zu merken das die lokale Bevölkerung und die Öffentlichkeit unsere schritte aufmerksam und oft gerührt folgten. Eine Ziel unsere Reise war, das die Menschen vor ort Flüchtlinge mit neue Augen sehen und das ist uns auch gelungen. Wir haben auch viel Bewunderung geschenkt bekommen für die kraft die wir haben aus dem oft harten Erlebnisse was kraftvolles positives raus zu bekommen und weiter solidarisch zu sein mit den Menschen die in unsre damalige Position sind.

Wir möchten an dieser Stelle allen danken, die uns auf dieser Reise unterstützt haben: Für uns war es nicht einfach, die Insel wieder zu verlassen. Wir werden weitermachen und Lesvos dabei unterstützen, eine Insel der Geschichten erfolgreicher Kämpfe gegen Knäste und Mauern und gegen diesen Krieg gegen Flüchtlinge auf dem Meer zu sein. Wir wollen keine weiteren Opfer dieses Regimes, wir wollen dieses Töten stoppen. Wir versprechen, zurückzukommen, bis wir erreicht haben wonach wir uns sehnen: ein Europa, das Willkommen heißt.

| Gedruckte Broschüre bestellen bei: [jog@jogspace.net](mailto:jog@jogspace.net)

# Die JOG KONFERENZ in Hannover wurde gefördert von:



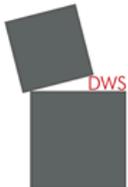
Bildungs- und Förderungswerk  
der GEW im DGB e.V.



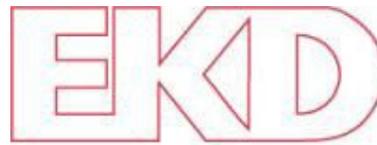
Bundesfachverband  
Unbegleitete Minderjährige  
Flüchtlinge e.V.



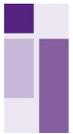
Deutsches  
Rotes  
Kreuz



DORIS-WUPPERMANN-STIFTUNG  
JUNGE MENSCHEN  
FÜR SOZIALE DEMOKRATIE



Evangelische Kirche  
in Deutschland



Evangelisch-Lutherische  
Kirche in Bayern



 terre des hommes  
Hilfe für Kinder in Not

**PRO ASYL**  
DER EINZELFALL ZÄHLT.

SEBASTIAN  
**COBLER**  
STIFTUNG für Bürgerrechte

  
Stiftung



**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NIEDERSACHSEN**

## Impressum

Jugendliche ohne Grenzen  
c/o IB Hanau  
Marktstr. 3  
63450 Hanau

Tel: 06181-92308-0  
Fax: 06181-92308-20

[jog@jogspace.net](mailto:jog@jogspace.net)

<http://bildung.jogspace.net/>  
<http://jogspace.net/>

[www.facebook.com/jogspace](http://www.facebook.com/jogspace)





